

**Niederschrift**  
**über die 25. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche**  
**am 01.06.2023**

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Steve Kuhlmann

Herr Michael Weber

SPD

Herr Jörg Benesch

Herr Reinhard Schäfers

Frau Heidemarie Schönrock-  
Beckmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr André Flöttmann

Herr Peter Werner Grätschus

Herr Gerd-Peter Grün

Herr Dr. Alexander Horstmann

Frau Ruth Wegner

Vorsitz

Die Linke

Herr Bernd Adolph

Herr Dr. Hartwig Hawerkamp

FDP

Herr Gregor Spalek

AfD

Frau Heliane Ostwald

Von der Verwaltung/Gäste:

Frau Mosig, Bauamt und Herr Tacke, Hempel + Tacke GmbH zu TOP 6

Herr Schwarz, ISB, Herr Homann, Amt für Verkehr, Herr Hege, MoBiel und Herr Düspohl, Ingenieurbüro Röver zu TOP 7

Frau Pohlmann und Frau Ramsbrock, beide Polizei Schildesche zu TOP 8

Herr Andreas Hansen, Bezirksamt

Frau Martina Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführung

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Jörn Debener (CDU)

Frau Johanna Weber (CDU)

Frau Heike Peppmüller-Hilker (SPD)

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Bezirksbürgermeister Grün eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 25. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 1.6.2023 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sodann erklärt er, dass zu Beginn der öffentlichen Sitzung Herr Stephan Godejohann verabschiedet und Herr Peter Werner Grätschus als neues Mitglied begrüßt wird. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 direkt im Anschluss an TOP 1 vorzuziehen. Die BV Mitglieder stimmen dieser Änderung einstimmig zu.

### **Öffentliche Sitzung:**

#### **Verabschiedung von Herrn Stephan Godejohann und Verpflichtung von Herrn Peter Werner Grätschus**

Herr Bezirksbürgermeister Grün verabschiedet Herrn Stephan Godejohann (B 90/Die Grünen), der zum 31.5.2023 aus der Bezirksvertretung Schildesche ausgeschieden ist. Er bedankt sich für die vertrauensvolle und engagierte Mitarbeit. Herr Godejohann war 39 Jahre in der Kommunalpolitik tätig. Als Geschenk überreicht er die Urkunde und den Leineweber aus Porzellan.

Der Amtsleiter Herr Hansen bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und überreicht als Geschenk Gutscheine.

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) und Frau Schönrock-Beckmann (SPD) halten als Fraktionsvorsitzende ihrer Fraktionen Dankesreden. Sie weisen dabei auf den enormen Erfahrungsschatz von Herrn Godejohann hin, der mit seinem Ausscheiden leider verlorengeht.

Sodann wird Peter Werner Grätschus (B 90/die Grünen) zum 1.6.2023 von Herrn Bezirksbürgermeister Grün verpflichtet und als Nachfolger begrüßt.

#### **Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche**

##### **Zu Punkt 1.1 Frage von Tobi Warkentin "Verkehrsplanung zum Neubau MNG"**

Tobi Warkentin hat die Frage schriftlich eingereicht:

„Wie werden bei der Verkehrsplanung zum Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule die Verkehrssicherheit, Verkehrsführung sowie regelmäßige Kontrollen der Einhaltung der zulässigen Verkehrsgeschwindigkeit für die Schüler\*innen, Anwohner\*innen sowie Pendler\*innen im Bereich des neuen Standorts und insbesondere bei den Straßen/Arealen „An der Reegt“ (ab der Straßenbahnhaltestelle bis zur Stiftsschule) und Westerfeldstraße realisiert und sichergestellt?“

**Hintergrund:** Bei der Straße An der Reegt gilt eine Tempo 30 Zone. Diese Straße wird häufig als Abkürzung für PKW-Fahrende verwendet und nahezu kaum wird Tempo 30 dort eingehalten. In der Straße befinden sich zwei überwiegend von Schüler\*innen, Pendler\*innen und Studierenden genutzte Haltestellen der Linie 31, nämlich Schürkamp und Stapelbrede. In der Nähe befinden sich zwei Zebrastreifen, der Verkehrsknotenpunkt an der Stadtbahnhaltestelle Schildesche sowie die Stiftsschule. Bei dieser Straße wird durch den Umbau der MMG voraussichtlich mit einem noch Publikumsverkehr in Zukunft zu rechnen sein. Hier bestehen Unklarheiten, wie die integrierte Verkehrsplanung im Rahmen des Neubaus der MMG mit dem Gebäude Nord an der Ecke Westerfeldstraße/Apfelstraße konkret aussehen soll. Die verkehrssichere Überquerung und Kontrollen der Einhaltung der Verkehrssicherheit und -geschwindigkeit der Straße An der Reegt sind dabei unabdingbar. Eine Einhaltung der zulässigen Verkehrsgeschwindigkeit und regelmäßige (!) bzw. versteckte Kontrollen sind daher nicht nur für die Anwohnenden von Interesse. Nicht nur die Sicherheit von anderen Verkehrsteilnehmenden ist hierbei bereits aktuell gefährdet, sondern besteht auch eine erhebliche Lärmbelastigung bei etlichen Fahrzeugen, die mit teils 70-80km/h durch die Straße fahren.

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, das Amt für Verkehr um entsprechende Beantwortung zu bitten.

---

### **Zu Punkt 1.2 Frage von Frau Johanna Pohlmann "Voltmannstraße"**

Frau Johanna Pohlmann, Voltmannstraße 179, 33613 Bielefeld hat ihre Fragen schriftlich eingereicht:

- 1) Auf der Voltmannstraße in Höhe ihres Hauses, aber auch auf Höhe des Kreisels, sind Rennfahrer, insbesondere Motorradfahrer, mit überhöhter Geschwindigkeit unterwegs und sie bittet um Prüfung und Geschwindigkeitsmessung.
- 2) Die Lautstärke ist erheblich und sie bittet um Prüfung, was man machen könnte: z.B. Flüsterasphalt? Neue (geförderte) Fenster? Geschwindigkeitsbegrenzung?
- 3) Die Buslinie 31 sei vor der Pandemie 3 Mal pro Stunde gefahren, jetzt nur noch 2 Mal. Kann man sie wieder 3 Mal fahren lassen?

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, das Amt für Verkehr/MoBiel um Beantwortung der Fragen zu bitten.

---

### **Zu Punkt 1.3 Frage von Herrn Martin Sauer "Jülicher Straße"**

In der Jülicher Straße wurden im Vorgarten des Hauses Nr. 5/5 a mehrere Parkplätze angelegt. Dem Vernehmen nach war dies eine Auflage der Stadt Bielefeld, weil in den bestehenden Gebäuden zusätzlicher Wohnraum geschaffen wurde.

Es entstanden 3 neue private Parkplätze; durch Absenkung der Bordsteinkante entfielen 3 öffentliche Stellplätze am Straßenrand, sodass durch diese Maßnahme kein zusätzlicher Parkraum entstand. Der Hausbesitzer hatte dafür aber hohe Kosten zu tragen (die vermutlich letztlich auf die Mieter umgelegt werden) und der vorher begrünte Garten wurde mit Rasengittersteinen versehen.

Die Frage: Was bezweckt die Stadt mit derartigen Auflagen, die keinerlei Nutzen haben, da der Parkdruck in der Jülicher Straße unverändert hoch ist und sich mit dem Umbau der Jöllenbecker Straße noch erhöhen wird? Soll damit die Schaffung von Wohnraum künstlich verteuert werden? Oder gibt es ein Interesse der Verwaltung, öffentlichen Parkraum zu privatisieren?

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Frage vom Amt für Verkehr beantworten zu lassen.

-.-.-

#### **Zu Punkt 1.4 Frage von Frau Christiane Ziebell "Marktplatz Schildesche"**

Frau Ziebell trägt folgenden Text vor:

„Anfrage an die Bezirksvertretung zum Marktplatz Schildesche

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister Grün,  
sehr geehrte Damen und Herren,

heute steht die Beschlussvorlage zum Bebauungsplan für den ehemaligen Marktplatz auf der Tagesordnung. Wir freuen uns sehr darüber und begrüßen, wenn Sie sich heute für den Satzungsbeschluss entscheiden. Erstaunt sind wir allerdings über die Kurzübersicht mit der Einordnung des B-Plans im Bereich „Baulandstrategie“ an zweiter statt an dritter Stelle. Uns wurde doch mit Schreiben vom 24.03.2020 (5. Anlage) von der Bezirksvertretung Schildesche bestätigt, dass das Grundstück nach Kriterien gemäß Baulandstrategie vergeben werde und dass die Bezirksvertretung dazu prozessparallel Empfehlungen erarbeiten und abstimmen werde.

Im Hinblick auf das sich anschließende Vergabeverfahren fragen wir daher noch einmal:

1. Wie ist die Einordnung als Baulandstrategie unabhängiges Verfahren zu verstehen: Wird das Grundstück nun doch nicht nach dafür abgestimmten Vergabekriterien vergeben?
2. Hat die Bezirksvertretung inzwischen wie angekündigt parallel zum Verfahren Vergabekriterien für das betreffende Grundstück erarbeitet? Wenn nicht, bis wann kann damit gerechnet werden?
3. Gilt nach wie vor, dass die Kaufinteressierten über den Stand der Kriterienentwicklung unterrichtet werden?

Wir bitten um schriftliche Information, gerne auch per E-Mail.“

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Fragen an den ISB und das

Bauamt mit der Bitte um eine abgestimmte Antwort weiterzuleiten.

-.-.-

**Zu Punkt 1.5 Frage von Herrn Heinrich Feldmann "Vamos" und "Busse an Apfelstraße"**

Herr Feldmann formuliert zwei Fragen:

1. Ist die Haltestelle „Endhaltestelle Linie 1 in Schildesche“ für die neuen größeren Vamos-Wagen ausgelegt? Ist der Bahnsteig lang genug? Kann die Bahn dort um die Kurve fahren?
2. An der Apfelstraße sind im Zuge des Neubaus der Martin-Niemöller-Gesamtschule Bushaltestellen geplant. Sind die Haltestellen für Gelenkbusse oder „normale“ Busse geplant? Herr Feldmann befürchtet, dass die Busse die Haltestelle rückwärts wieder verlassen müssen. Ist bei dieser Aktion (die ja mehrmals am Tag vorkommen wird) der Verkehr auf der Apfelstraße sozusagen lahmgelegt?

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Fragen an MoBiel und das Amt für Verkehr mit der Bitte um abgestimmte Antworten weiterzuleiten.

-.-.-

**Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 24. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 27.04.2023**

Die Niederschrift war nicht in Session eingestellt und konnte deshalb nicht von allen Mitgliedern der Bezirksvertretung gelesen werden. Die Abstimmung erfolgt daher in der nächsten Sitzung am 31.8.2023.

Herr Adolph (Die Linke) bittet um Ergänzung des TOP 8 der Niederschrift. Sein Beitrag wird mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„Direkt nach dem Teilabriss solle möglichst direkt mit dem Neubau des Gebäudes der 5./6. begonnen werden, um Kollegium, Schüler- und Elternschaft zu zeigen, dass nach den permanenten Verzögerungen und dem zunehmend schlechter werdenden baulichen Zustand des derzeitigen Gebäudes etwas Konstruktives, bildhaft „Erbauliches“ geschieht. Vom Planungsrecht ist dies ja umgehend möglich.“

Außerdem solle der Zustand des jetzigen Gebäudes bis zum Bezug des neuen soweit saniert werden, dass ein störungsfreier und sicherer Unterricht möglich ist.“

-.-.-

**Zu Punkt 3 Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

---

**Zu Punkt 4 Anfragen**

**Zu Punkt 4.1 Zustand der Straßen Flehmannshof und Hägerweg nicht zufriedenstellend (gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.04.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5967/2020-2025

Das Amt für Verkehr beantwortet die Anfragen wie folgt:

1. *Wann ist mit einer Verbesserung des Zustandes zu rechnen?*

Derzeit erfolgt eine Erhaltung im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht. Ein Zeitpunkt in Bezug auf einen Ausbau bzw. einer flächenhaften Sanierung kann derzeit nicht erfolgen.

2. *Auf welcher Position der Prioritätenliste, sollten die beiden Straßen auf ihr erfasst sein, stehen sie?*

Die Straße Flehmannshof steht in der Prioritätenliste an 2. Stelle der Ausbaumaßnahmen und nach dem Straßen- u. Wegekonzept ist der Flehmannshof als Priorität 2 eingestuft.

Der Hägerweg ist nicht vom Bezirk priorisiert und im Straßen- und Wegekonzept mit der Priorität 4 abgebildet.

Die BV nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 4.2 Spielplatz "Am Meierteich" (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 22.05.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6215/2020-2025

Der Umweltbetrieb beantwortet die Anfragen wie folgt:

**Frage 1:** Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich der Aufwertung des Spielplatzes in der Parkanlage „Am Meierteich“?

Aufgrund personeller Engpässe durch langwierige krankheitsbedingte Ausfälle sowie einem akuten Mangel an Fachkräften, hat sich die Planung für den Spielplatz Am Meierteich leider erneut verzögert. Die Planung soll im Laufe des Jahres fortgesetzt und im Frühjahr des kommenden Jahres vorgestellt werden.

**Frage 2:** Inwiefern konnten die Ideen der Schüler\*innen der Sudbrackschule bei der Spielplatzgestaltung Berücksichtigung finden?

Die Wünsche werden -soweit realisierbar- berücksichtigt. Die realisierbaren Wünsche werden im Rahmen der Planungsvorstellung gesondert erläutert.

Die BV nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 4.3 Kommunale Wärmeplanung in Schildesche (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 23.05.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6236/2020-2025

Wie ist der aktuelle Stand der kommunalen Wärmeplanung in Schildesche und hierbei insbesondere die Fernwärmeversorgung? Mit der Bitte, die Antwort mit den Stadtwerken Bielefeld abzustimmen.

Die Beantwortung des Umweltamts erfolgt in Abstimmung mit der Stadtwerke Bielefeld (SWB).

Antwort:

Zurzeit erfolgt die Bestandsanalyse. Um eine zuverlässige, umweltfreundliche und kosteneffiziente Wärmeversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können, bedarf es zunächst einer detailscharfen Analyse. Hierfür werden alle relevanten Verbrauchs-, Infrastruktur- und Potenzialdaten in einem Planungstool zusammengeführt, aufbereitet und anschließend ausgewertet.

Zudem werden die lokal verfügbaren Potenziale erneuerbarer Strom- und Wärmequellen, Abwärmepotenziale sowie Potenziale zur Senkung des Wärmebedarfs ermittelt. Darauf aufbauend ist bereits der nächste Schritt gestartet, die Ergebnisse aus Bestands- und Potenzialanalyse zu verbinden und geeignete Konstellationen von Wärmebedarfen und möglichen Wärmequellen zu analysieren, um daraufhin Eignungsgebiete für die Wärmeversorgung abzuleiten.

Die Betrachtung erfolgt dabei für das gesamte Stadtgebiet, Ergebnisse sind zum Ende des Jahres geplant.

Zusatzfrage:

Wie ist die Information der Bürger\*innen zu diesem Thema vorgesehen?

Antwort:

In den nächsten Wochen wird eine Internetseite geschaltet, die Informationen zum aktuellen Stand der Wärmeplanung und zu den weiteren Schritten bereithält. Ebenfalls werden auf dieser Seite die Ergebnisse veröffentlicht und somit für jeden verfügbar sein.

Die BV nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 5**      **Anträge**

**Zu Punkt 5.1**      **Fußweg "Am Vorwerk" (gem. Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 22.05.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6216/2020-2025

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, mit welchen Maßnahmen der Weg wieder so hergerichtet werden kann, dass eine Gefährdung der Benutzerinnen und Benutzer ausgeschlossen werden kann.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6**      **Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/2/14.03 „Wohnen zwischen Beckhausstraße und Huchzermeierstraße“ für eine Teilfläche östlich der Beckhausstraße und westlich der Huchzermeierstraße im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB**  
**- Stadtbezirk Schildesche -**

**Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6112/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Mosig, Bauamt der Stadt Bielefeld und Herrn Tacke, Hempel + Tacke GmbH.

Frau Mosig erklärt zu dieser umfangreichen Vorlage, dass im Vorfeld eine sehr intensive Bürgerbeteiligung stattgefunden habe. Die Vorlage enthält die Auswertung von 115 Stellungnahmen, außerdem sind alle Gutachten vollständig enthalten. Die wichtigsten Äußerungen bzw. Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger werden von Herrn Tacke in seiner Präsentation aufgegriffen und vorgestellt:

Herr Tacke erläutert zu Beginn seines Vortrags, dass der zugrundeliegende Flächennutzungsplan Grünfläche und Wohnbaufläche für das Baugebiet darstellt. Der B-Plan soll im Wege der Berichtigung angepasst werden.

Die Ergebnisse des runden Tisches seinerzeit mündeten in einen B-Plan-Vorentwurf. Der sah zwei unterschiedliche Varianten vor. Der Entwurf ermöglicht als wesentliche Änderung zur Variante 1 ein hufeisenförmiges Gebäude. Um die Voraussetzungen für solche Wohnformen zu schaffen, wurde die überbaubare Grundstücksfläche geringfügig vergrößert und die



beiden Baufenster im Westen miteinander verbunden, eine Fläche wird für Tiefgaragen ausgewiesen. Die oberirdischen Flächen für Stellplätze sind weiterhin vorgesehen, ebenso die Spielplatzfläche mit der Wegeverbindung Richtung Osten. Es sind maximal zwei Vollgeschosse mit Satteldach vorgesehen

Herr Tacke geht kurz auf die umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach dem Entwurfsbeschluss ein.

Der heute empfohlene B-Plan zum Satzungsbeschluss entspricht im Wesentlichen der Entwurfsfassung. Folgende Änderungen wurden berücksichtigt:

- Wegfall der Kennzeichnung einer auf Kampfmittel zu untersuchenden Fläche in Nutzungsplan
- Anpassung der Höhenbezugspunkte sowie Aufnahme der NHN-Höhen
- Redaktionelle Anpassungen der textlichen Festsetzungen
- Aktualisierung der ÖPNV Erschließung in der Begründung
- Darstellung einer Hecke an der Grenze zwischen Spielplatz und Stellplatzanlage im Gestaltungsplan
- Differenzierung der Darstellung des öffentlichen Parkplatzes und des Erschließungsrings

Im Anschluss an die Präsentation bedankt sich Frau Wegner (B 90/Die Grünen) für den Vortrag. Sie begrüßt das vorgestellte Ergebnis und befürwortet, dass hier Wohnraum auf bereits versiegelter Fläche entsteht. Zwei Wünsche bzw. Anregungen formuliert sie:

1. Das Regenwasser solle vorzugsweise versickern. Vielleicht könnten hierzu Möglichkeiten im Bereich der Bäume und der Stellplatzflächen geschaffen werden.
2. Es sollen Stellplätze für Lastenfahräder berücksichtigt werden.

Herr Tacke gibt zu bedenken, dass bei der Versickerung von Regenwasser auf Stellplätzen Schadstoffe gefiltert werden müssten. Bei den Stellplätzen für die Lastenräder verweist er auf den Bauantrag. Dabei seien auch Fahrrad-Stellplätze nachzuweisen.

Herr Adolph (Die Linke) verweist auf das Klimaanpassungskonzept. Demnach solle Regenwasser aufgefangen werden, um es zu Bewässerung etc. zu nutzen. Laut dem vorgestellten B-Plan hier soll es in Kanäle abgeleitet werden. Er bittet darum, entsprechende Vorgaben für den Bauantrag zu entwickeln.

Frau Mosig verweist auf die Einbindung des Fachamtes zur Entwässerung und sagt zu, dies an den ISB weiterzugeben.

Herr Benesch (SPD) weist auf den dringend benötigten Wohnraum hin. Er begrüßt für seine Fraktion die heutige Vorlage und plädiert dafür, den heutigen Satzungsbeschluss zu beschließen, damit es keine weiteren Verzögerungen gebe.

Auf die Frage von Herrn Grätschus (B90/Die Grünen) erklärt Herr Tacke, dass die Sozialbindung für den geförderten Wohnungsbau üblicherweise mindestens 20 Jahre betrage.

Herr Dr. Hawerkamp gibt folgendes Statement ab:

*„Die Fraktion Die Linke begrüßt die Neuaufstellung des Bebauungsplanes, dem eine lange Zeit der Auseinandersetzung vorausgeht, auf die ich kurz verweisen möchte.*

*Ich erinnere an die ersten Bebauungsvorschläge des Bauamtes: Riegelbebauung mit mehr als 70 Wohnungen und Vermietung überwiegend an Flüchtlinge.*

*In diesem Rahmen kam es zu teilweise tumultartigen Versammlungen in der kleinen Mensa mit über 300 Besuchern und sogar zu Ankündigungen, dass die Neonazi-Szene diese Situation für ihre Zwecke missbrauchen wollte.*

*Auch die Einrichtung des „Runden Tisches“ polarisierte und ließ den Eindruck entstehen, dass viele Einwohner auf ihre Komfortzone (kostenfreie Parkplätze zuletzt sogar für Anhänger, Wohnmobile und Lastwagen etc.) nicht verzichten wollten.*

*Die Position von Frau Bernert und mir als Vertreter der Linksfraktion in der Bezirksvertretung bestand zu dieser Zeit darin, dass es angesichts der 5.000 fehlenden Wohnungen, insbesondere im niedrigen Preissegment, und der resultierenden Baulandstrategie nicht angehen könne, dass auf diesem städtischen Gelände weniger als die von der Bezirksvertretung beschlossenen 40 Wohnungen auf ca. 6.400 Quadratmeter Fläche errichtet werden würden. Kein privater Bauherr würde sich mit dieser geringen Ausnutzung zufriedengeben!*

*Angesichts der vorliegenden Neuaufstellung des Bebauungsplanes nach nunmehr einer Dauer von über 6 Jahren werden wir dennoch diesen unterstützen.*

*Die Fläche wird nicht an einen privaten Investor verkauft, sondern Bauherr ist ein öffentlicher Träger. Das Projekt verkommt nicht zu einem Spekulationsobjekt!*

*Es besteht die Möglichkeit, sowohl für Singles und Alleinerziehende (für die es nachgewiesenermaßen sehr schwierig ist, passende Wohnungen zu bekommen) als auch für Familien mit vielen Kindern bei einer durchschnittlichen Quadratmetergröße von 66,7 Quadratmetern adäquaten Wohnraum zu schaffen.*

*Leider ist nur ein sozialer Wohnungsbauteil von 25% möglich. Ist das wirklich das letzte Wort?*

*Es bleiben die Spielflächen und die Grünanlagen erhalten, so dass ein vertretbarer Quotient der zu bebauenden Fläche im Verhältnis zum Baukörper besteht und es verbleiben 27 öffentliche Parkplätze, die ohne Autos eine kleine Fläche für Veranstaltungen ermöglichen.*

*Das zweistöckige Gebäude reiht sich zwanglos das Profil der Häusergröße in Schildesche ein.*

*Als Naturschützer möchte ich ausdrücklich die Fachprüfung der diversen Fledermaus- und Vogelarten würdigen, die weiterhin die Hohlräume bestimmter Bäume nutzen können.*

*Wir möchten auch in diesem Rahmen die sicherlich sehr mühsame und nervenaufreibende Verwaltungsarbeit, insbesondere die Bearbeitung der hohen Zahl der Eingaben durch Frau Mosig, anerkennen. Vielen Dank!“*

Es sind zahlreiche Anwohnerinnen und Anwohner des Marktplatzes anwesend. Herr Bezirksbürgermeister Grün unterbricht die Sitzung für zwei Minuten, um eine Meinungsäußerung zum Baumerhalt zuzulassen.

Die Sitzung wird von 18:45 – 18:48 Uhr unterbrochen.

Frau Mosig geht auf die möglicherweise zu erhaltenden Bäume auf dem Grundstück ein. In der Anlage A 2 der Vorlage könne unter 1.a der Abwägungsprozess dazu detailliert nachgelesen werden. Es sind nicht alle Bäume als „zu erhalten“ festgelegt. Dies bedeute aber nicht, dass damit automatisch ein Fällen aller nicht explizit gesicherten Bäume verbunden sei. Welche Bäume am Ende aber tatsächlich zusätzlich erhalten werden können, hänge vom konkreten Bauantrag ab. Außerdem erinnert sie an die seit Oktober 2022 in Bielefeld geltende Baumschutzsatzung.

Herr Kuhlmann (CDU) erinnert an die inzwischen 6-jährige Entwicklungs- und Planungsphase für die Bebauung des Marktplatzes. Er lobt das Verfahren, das trotz anfänglicher Probleme immer transparent war und bedankt sich bei den Anwohnern, die jederzeit Gesprächs- und kompromissbereit waren und bei Frau Mosig für die gute Planung und für die Bearbeitung der sehr großen Anzahl von 115 Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit. Es ist gelungen, keine Riegelbebauung zuzulassen, der Parkplatz stehe weiterhin zum Teil für die Allgemeinheit zur Verfügung und der Spielplatz werde aufgewertet. Tatsächlich müsse man jetzt auf die Bäume achten, dass so viel wie möglich erhalten werden können.

Seine Fraktion sei heute abstimmungsbereit. Danach müsse festgesetzt werden, welche Kriterien die Stadt und die Bezirksvertretung für den Verkauf des Grundstücks setze.

Herr Spalek (FDP) erklärt, dass es zwar lange gedauert habe, aber dass jetzt ein guter und tragbarer Kompromiss gefunden sei. Er spricht sich dafür aus, dass jetzt zügig mit dem Bau des dringend benötigten Wohnraums begonnen werden solle.

Sodann lässt Herr Bezirksbürgermeister Grün über die Vorlage abstimmen und bedankt sich bei Frau Mosig und Herrn Tacke. Die BV fasst folgenden

### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Schildesche und der Stadtentwicklungsausschuss empfehlen/der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Äußerungen aus den frühzeitigen Beteiligungen gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB) werden zur Kenntnis genommen und die Einarbeitung in die Planung gemäß Anlage A1 wird gebilligt.
2. Die während der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen werden im Sinne des jeweiligen Verwaltungsvorschlages gemäß Anlage A2 Punkt 1 (Beteiligung der Öffentlichkeit) und Punkt 2 (Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange) abschließend abgewogen.
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Anlage A2 Punkt 3 beschlossen.
4. Der Bebauungsplan Nr. II/2/14.03 „Wohnen zwischen Beckhausstraße und Huchzermeierstraße“ für eine Teilfläche östlich der Beckhausstraße und westlich der Huchzermeierstraße wird mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
5. Die Berichtigung des Flächennutzungsplanes gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB wird zur Kenntnis genommen.
6. Der Beschluss des Bebauungsplans ist gemäß § 10 (3) BauGB ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. Der Bebauungsplan mit Begründung ist gemäß § 10 (3) BauGB bereitzuhalten.

- einstimmig beschlossen -

---

## Zu Punkt 7

### **Vorstellung der Verkehrsplanung Neubau Martin-Niemöller-Gesamtschule**

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Homann, Amt für Verkehr, Herrn Schwarz, Immobilienservicebetrieb ISB, Herrn Hege, MoBiel und Herrn Düspohl, Ingenieurbüro Röver.

Herr Düspohl stellt den aktuellen Stand der Verkehrsplanung vor. Er erklärt, dass dabei zahlreiche Hinweise berücksichtigt wurden, ebenso wurden verschiedene Fachämter beteiligt.

Es gehe um die Straßen An der Reegt, Apfelstraße und Westerfeldstraße und die entsprechenden Knotenpunkte (s. auch die beiliegende Präsentation. Die Präsentation ist Bestandteil der Niederschrift).

Bei der Straße An der Reegt gehe es vor allem morgens und nach Schulschluss um die sichere Überquerung der Straße durch die Schülerinnen und Schüler (SUS). Das werde durch folgende Maßnahmen erreicht:

- Tempo 30
- Verbreiterung des westlichen Fußgängerüberwegs
- Fußgängerampel (geschaltet während der Schulzeit)
- Verkleinerung der Fahrbahn zugunsten einer Vergrößerung der Aufstellfläche auf dem Bürgersteig

- Die Wegeverbindung durch den Grünzug wird aufgegriffen, die Wege werden verbreitert

Für die Apfelstraße ist vorgesehen:

- Verbesserung der Anlage für Radfahrende und Fußgänger
- Einrichtung von drei Haltestellen in Sägezahnaufstellung (eine vierte Haltestelle entsteht an der Westerfeldstraße). Die Haltestellen gewährleisten die direkte Anbindung der Schule an den ÖPNV und halbieren die Anzahl der SUS, die die Straße an der Reegt queren

Generell wird an allen Straßen der Radverkehr sicherer gestaltet. Die Radabstellflächen auf dem Schulgelände werden sicher erreicht werden können.

An den Knotenpunkten werden Maßnahmen umgesetzt, die eine Vereinfachung der Verkehrswege für Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger bedeuten. Alle genannten Straßen werden für Fußgängerinnen und Fußgänger sicher überquert werden können.

Herr Benesch (SPD) erklärt, dass es in Hennef ebenfalls eine Schule an zwei Standorten gebe und dass dort ein Versuch startet, die Busse mit Schranken zu steuern. Herr Hege (MoBiel) erklärt dazu, dass dies untersucht worden sei. Man habe sich aus verschiedenen Gründen dagegen entschieden. Die Taktung der Busse sei sehr hoch. Es bestehe immer die Gefahr, dass Autos mit durch die Schranke fahren. Ein weiteres Problem sei die fehlende Wendemöglichkeit für Autos, die an der geschlossenen Schranke scheitern.

Auf den entsprechenden Vorschlag von Frau Schönrock-Beckmann (SPD) ergänzt Herr Homann (Amt für Verkehr), dass auch ein Schild „Anlieger frei“ erfahrungsgemäß nicht den gewünschten Erfolg bringe, Autos aus der Straße fern zu halten. Autofahrerinnen und Autofahrer finden immer einen Grund für ein Anliegen. Zudem müsse es aufwändig kontrolliert werden.

Herr Adolph (Die Linke) hätte sich eine schriftliche Vorlage gewünscht, die eine Woche vor der Sitzung zur Vorbereitung zur Verfügung gestanden hätte. Auch fehlt ihm der Vergleich mit der Untersuchung vom Oktober 2021.

Herr Spalek (FDP) bewertet die Verkehrsplanung als nicht gelungen. Es entstehen Engpässe für die hohe Zahl an SUS. Auch er wünscht sich eine Veröffentlichung einer Vorlage, um die einzelnen Punkte besser nachvollziehen zu können.

Her Schwarz (ISB) erklärt, dass es heute ja nur um Information und Präsentation ginge. Gleichwohl könne die Vorlage mit dem Gutachten im Sinne der Transparenz zur Verfügung gestellt werden.

Herr Kuhlmann (CDU) begrüßt, dass die Straße An der Reegt für den Verkehr geöffnet bleibt. Die Fußgängerampel stelle eine gute Maßnahme für die sichere Überquerung dar.

Kritisch sieht er die geplante Abbiegemöglichkeit in die Apfelstraße.

Auf die Frage von Herrn Kuhlmann, ob die Fahrplanktaktung der Busse bei

den erhöhten Fahrgastzahlen eingehalten werden könne, erklärt Herr Hege, dass dies planmäßig der Fall sei. MoBiel sei bei den Planungen gut einbezogen.

Er erklärt, dass die Busse wie bisher auch zukünftig vor der Wendeschleife halten, um auch den SUS, die den bisherigen Standort der MNG besuchen, die Möglichkeit zu geben, direkt vor der Schule auszusteigen. Dann werde der Bus bis zur Apfelstraße an die neuen Haltestellen fahren. Diese SUS überqueren folglich nicht mehr die Straße An der Reegt.

Herr Benesch (SPD) befürchtet, dass die SUS auch für den neuen Standort an der Wendeschleife aussteigen und weiter zu Fuß gehen. Der gewünschte Effekt werde nicht erreicht werden.

Herr Kuhlmann bittet darum, anhand einer Simulation die erhöhten Verkehrsströme sowohl der SUS als auch der Autos darzustellen.

Herr Benesch (SPD) stimmt diesem Anliegen zu, weil man anhand der Simulation erkennen könne, wieweit veränderte Ampelanlagen dazu führen können, Durchgangsverkehr aus der Straße An der Reegt rauszuhalten.

Herr Schäfers (SPD) sieht eine weitere Ampel auf der Westerfeldstraße kritisch. Hier wäre die Darstellung mit Hilfe einer Simulation hilfreich. Er erinnert an den Beschluss von 2019, wonach es eine sichere Wegeverbindung zwischen den beiden Schulstandorten geben solle. Die vorgestellten Maßnahmen überzeugen ihn nicht.

Herr Dr. Hawerkamp und Herr Adolph (Die Linke) erkundigen sich nach dem Verlauf der Linie 1. Für die Stadtbahnverlängerung sei eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Herr Hege erklärt, dass diese noch nicht gestartet sei. Sicher sei bisher aber, dass der Schulneubau eine mögliche Verlängerung nicht verhindere.

Auf die Frage, ob es An der Reegt einen Radweg geben werde, erklärt Herr Düspohl, dass durch die Einrichtung „Tempo 30“ Radfahrer auf der Straße fahren dürfen. Ein Radweg werde nicht eingerichtet.

Herr Bezirksbürgermeister Grün unterbricht die Sitzung und gibt Herrn Schätz (Schulleiter MNG) das Wort.

Die Sitzung wird von 18:44 – 18:48 Uhr unterbrochen.

Herr Homann erklärt, dass die Verkehrsplanung so durchzuführen sei, dass eine Gefährdung in diesem Fall besonders der SUS ausgeschlossen sei. Die verschiedenen beteiligten Akteure seien sicher, dass dies innerhalb der nächsten Planungsschritte durch die oben aufgeführten Maßnahmen gelingen werde.

Abschließend bedankt sich Herr Bezirksbürgermeister Grün bei den Gästen und bittet Herrn Schwarz um Zusendung der Vorlage mit dem Gutachten.

**Zu Punkt 8**      **Vorstellung der Schildescher Polizei**

Die Polizistinnen Diana Pohlmann, Standort Margaretenweg und Larissa Ramsbrock, Standort Jöllenbecker Straße 129 stellen sich vor.

Zum Standort Margaretenweg gehört auch Herr Mark Bachmann, der zurzeit im Urlaub ist.

Herr Kuhlmann (CDU) regt an und bittet die Polizistinnen, gern häufiger zum Austausch in die Sitzungen der BV Schildesche zu kommen.

Herr Dr. Hawerkamp (Die Linke) erkundigt sich, wie der normale Arbeitstag aussieht und auf welche Weise die Fortbewegung erfolgt. Die Polizistinnen erklären, dass sie ein Auto aus der Hauptstelle bei Bedarf anfordern können. E-Bikes wären wünschenswert.

-.-.-

**Zu Punkt 9**      **Bericht zur Beratung der Unfallkommission UK 2023-I**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5973/2020-2025

Die BV nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 10**      **11. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6113/2020-2025/1

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, die 11. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage zu beschließen.

Der Haupts-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich der Empfehlungen der Bezirksvertretungen, die 11. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die 11. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 11

**3. Änderungssatzung zur Sondernutzungssatzung vom 13.10.2011 - Herabsetzung der Sondernutzungsgebühren für Veranstaltungen in der Zone 4 auf 25 % des Ansatzes befristet vom 01.04.2023 bis zum 31.12.2023**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6075/2020-2025

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Schildesche sowie der Stadtentwicklungsausschuss und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Rat, die als **Anlage 1** beigefügte 3. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011 zu beschließen; der Rat beschließt.

- einstimmig beschlossen -

---

## Zu Punkt 12

**Kulturprogramm 2023 für den Stadtbezirk Schildesche**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6229/2020-2025

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung beschließt das Kulturprogramm 2023 für den Stadtbezirk Schildesche entsprechend der Begründung dieser Vorlage.

- einstimmig beschlossen -

---

## Zu Punkt 13

**Vergabe von Sondermitteln des Stadtbezirks Schildesche im Jahr 2023**

Die Bezirksvertretung beschließt die Ausgabe von Sondermitteln 2023 wie folgt und fasst folgenden

**Beschluss:**

Kita Huchzermeierstraße	Sandküche	559,00 €
Bezirksamt Jöllenbeck	Kulturprogramm Schildesche	950,00 €



- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 14.1 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Sanierung Wege Grünzug Bultkamp (Antrag 5985/2020-2025 v. 10.4.2023)**

Der Prüfantrag lautete: Welche Maßnahmen könnten geeignet sein, die Wege im Grünzug Bultkamp auch nach starkem Regen besser nutzen zu können.

Der Umweltbetrieb (Grünunterhaltung) antwortet wie folgt:

Die überwiegende Anzahl der Wege in den Bielefelder Grünflächen sind als sog. wassergebundene Wege ausgebaut. Diese Wege haben viele Vorteile, wie z.B., dass die Flächen nicht versiegelt sind, dass Ausbesserungen im Vergleich zu Asphalt oder Pflaster grundsätzlich einfacher auszuführen sind oder dass sich die Wege gestalterisch besser in das Gestaltungsbild der Grünflächen einfügen.

Allerdings ergeben sich aus der wassergebundenen Bauweise auch Nachteile: Die Wege werden bei Starkregen und in Gefällelagen leicht ausgespült, das verwendete Material ist nicht dauerhaft stabil und zerreibt mit zunehmender Nutzung und wird dadurch weniger wasserdurchlässig, die Wege sind abhängig von Jahreszeit und Witterung nicht uneingeschränkt nutzbar.

Die Bezeichnung „wassergebundene Wegedecke“ weist darauf hin, dass der Wegebelag durch die Bodenfeuchtigkeit gebunden, sprich stabilisiert wird. Zuviel Feuchtigkeit im Winter und Frühjahr führt zu Verschlammung und Bildung von Pfützen, dauerhafte Trockenheit wie in den vergangenen Sommern führt zu Staubbildung.

Diese unerwünschten Nebenerscheinungen lassen sich nicht vollständig ausschließen und müssen von den Nutzern\*innen der Grünanlage hingenommen werden. Hierbei handelt es sich zudem nicht um eine Einschränkung der Verkehrssicherheit.

Zu ungünstigen Jahreszeiten besteht zudem immer die Möglichkeit, Wege in den Grünanlagen über angrenzende Straßen oder Fußwege entlang von Straßen zu umgehen. Die Nutzung erfolgt zu diesen Zeiten somit auf eigene Veranlassung und Nutzer\*innen können sich auf diese Beeinträchtigungen einstellen.

Aktuell werden in verschiedenen Anlagen im Stadtgebiet von Schildesche 14.000 m<sup>2</sup> wassergebundene Wegeflächen durch den Umweltbetrieb überarbeitet. Hierbei greifen wir seit 2020 auf ein Deckschichtmaterial mit einer größeren Körnung zurück. Diese Arbeiten werden in den kommenden Jahren je nach Wegezustand priorisiert auch in den hier bemängelten Bereichen kontinuierlich fortgeführt.

Trotz aller Bemühungen wird es allerdings immer wieder Abschnitte im Wegesystem geben, die nicht ganzjährig unbeeinträchtigt genutzt werden können.

-.-.-

**Zu Punkt 14.2 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Umsetzung der Mobilitätsstrategie. Fragen zur Vorlage 5457/2020-2025 in der Sitzung am 27.4.2023**

Das Amt für Verkehr teilt zu den Rückfragen der Bezirksvertretung Schildesche zu der Informationsvorlage mit der Drucksachenummer 5458/2020-2025 mit:

Die Umsetzung der fünf Mobilstationen im Stadtbezirk Schildesche befindet sich aktuell noch im Konzeptstadium. D.h., dass die fünf im Mobilstationskonzept für den Bezirk Schildesche genannten Standorte aufgrund ihrer Lage sowie ihrer verkehrlichen Anbindung grundsätzlich als Standorte mit großem Potenzial für Mobilstationen identifiziert wurden. Eine exakte Festlegung auf die Flächen, auf denen die Mobilstationen errichtet werden sollen, hat jedoch noch nicht stattgefunden. Entsprechend lassen sich die relevanten Flächeneigentümer derzeit noch nicht final benennen. Nach aktuellem Stand sind mögliche Akteure die moBiel GmbH (für die Standorte Babenhausen-Süd, Schildesche) und die Universität Bielefeld (für den Standort Universität). Die Mobilstationen Johannesstift und Johanneswerkstr. können voraussichtlich auf städtischen Flächen errichtet werden.

Entsprechend der aktuellen Entwurfsplanung für den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule ist südlich des auf der Fläche des Südgebäudes vorgesehenen Lehrerparkplatzes eine Fläche für P+R als Ersatz für die entfallende, heute bestehende P+R-Anlage an der Endhaltestelle vorgesehen, jedoch noch nicht planungsrechtlich gesichert. Wie groß diese Fläche final sein wird und wie viele Parkplätze sie umfassen wird, ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht definiert. Zudem bereitet das Amt für Verkehr aktuell die Erarbeitung eines stadtweiten Park&Ride-Konzeptes vor. Die Identifikation einer weiteren alternativen Fläche für die P&R-Anlage am Standort des Neubaus der Martin-Niemöller-Gesamtschule kann ergänzend zu den o.g. bestehenden Planungen Teil des zu erarbeitenden P&R-Konzeptes sein.

-.-.-

**Zu Punkt 14.3 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Einrichten von T 30-Zonen Röntgenstraße... Antrag 5580/2020-2025 der Fraktionen B 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 7.2.2023**

Das Amt für Verkehr teilt zum Antrag „Einrichten von Tempo 30-Zonen in der Röntgenstraße, Carl-von-Ossietzky-Straße, Graf-von-Galen-Straße“ mit:

Die Verwaltung hat die Straßen geprüft. Grundsätzlich erfüllen diese die Voraussetzungen nach der Straßenverkehrsordnung (StVO), um als Tempo 30-Zonen ausgewiesen werden zu können. Die nach der StVO vorgeschriebene Anhörung der Polizei wird voraussichtlich im Juni erfolgen. Vorausgesetzt, im Rahmen des Anhörungsverfahrens werden keine anordnungsrelevanten Bedenken geäußert, können die verkehrsrechtlichen Anordnungen noch im Juni 2023 erfolgen.

---

**Zu Punkt 14.4 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Geeignete Standorte für ein Basketfeld in Schildesche prüfen (Antrag 4860/2020-2025 vom 9.10.2022)**

Das Umweltamt teilt als Zwischennachricht mit:

Die BV Schildesche hat in der Sitzung vom 26.01.2023 (Auszug aus der Niederschrift) festgehalten:

„Das Sportamt wird gebeten, die abschließende Beurteilung, ob ein Basketballspielfeld im Gellershagenpark errichtet werden kann, gemeinsam mit dem Umweltamt vorzunehmen.“

Gem. Aufgabengliederungsplan, Aufgabengruppe 520, Lfd. Nr. 2 ist für „Sportstätten (Planung, Betrieb und Nutzung von Turnhallen, Sporthallen, Sportplätzen und Schulschwimmbädern)“ das Sportamt zuständig. Bislang hat es in der Sache keine Kontaktaufnahme vom Sportamt zum Umweltamt gegeben. Die Prüfung eines Basketballspielfeldes setzt u. a. einen hinreichend konkretisierten Standort voraus. Jedoch wird bereits jetzt angemerkt, dass die Errichtung eines Basketballspielfeldes mit einer Flächenversiegelung einhergeht, die den Grundzügen und wesentlichen Funktionen einer Grünanlage widerspricht. Basketballspielfelder sind daher insbesondere auf vorgeprägten, versiegelten Flächen (Bsp. Basketballfeld Oelmühlenstraße/Ecke Teutoburger Straße) zu empfehlen.

Herr Kuhlmann (CDU) bittet die Verwaltung, nach Möglichkeit „mit einer Stimme“ zu sprechen. Es genüge, die abgestimmte Antwort zu erhalten.

---

**Zu Punkt 14.5 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Spielplatz am Obersee um Matsch- und Wasserspielplatzbereich erweitern (Antrag 5122/2020-2025 der SPD-Fraktion vom 6.11.2022)**

Das Umweltamt teilt folgende Zwischennachricht mit:

Die Freiflächen inkl. der Spielflächen um den Obersee gehen in ihrer Bedeutung weit über den Stadtbezirk Schildesche hinaus und sind Freizeit-, Erholungs- und Spielraum nicht nur für Nutzer\*innen aus dem Stadtbezirk Schildesche.

Aktuell ist der Bereich des Obersees laut Spielflächenbedarfsermittlung sehr gut mit entsprechenden Spielflächen bzw. auch darüber hinaus versorgt. Andere Bereiche in der Stadt weisen dahingehend Spielflächendefizite auf. Da die Bedeutung der Freiflächen inkl. der Spielflächen um den Obersee über den Stadtbezirk wesentlich hinausgeht, ist perspektivisch ein ergänzendes Angebot um einen Wasser- und Matschspielplatzbereich gut vorstellbar. Im Rahmen der Planungskonkretisierung würden dann auch entsprechende Fördermöglichkeiten geprüft. Derzeit sind jedoch aufgrund der umfangreichen stadtweiten Planungs- und Bauaktivitäten (insbesondere Bebauungspläne und Bauvorhaben etc.) die personellen Ressourcen der hierbei geforderten Verwaltungsbereiche ausgeschöpft, so dass von einer kurzfristigen Aufnahme einer Detailprüfung bzw. konkreten Planung nicht auszugehen ist.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass der Obersee gem. Anlage 2 Nr. 50 der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld als Tageserholungsanlage Johannisbachtalsperre in ihrer Bedeutung wesentlich über den Stadtbezirks Schildesche hinausgeht und somit als überbezirkliche Angelegenheit in die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz fällt.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bittet darum, diese Antwort dem AfUK mit der Bitte um Klärung der Zuständigkeit zuzusenden.

-.-.-